

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/117

Bonn, den 25. Juni 1969

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Unterstützung aus Rom Papst Paul VI. und das Recht auf Mitbestimmung Von Jörg Bieberstein, Regierungsdirektor	74
3 - 4	Balanceakt in Nürnberg Der nach innen gerichtete FDP-Parteitag	72
4	Verflechtungen CSU und "Nationalzeitung"	15
5 - 6	Konferenz der Blockfreien Bisher 39 Interessenten Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	70

Unterstützung aus Rom

Papst Paul VI. und das Recht auf Mitbestimmung

Von Jörg Bieberstein, Regierungsdirektor

Die Ansprache, die Papst Paul VI. an die Hauptversammlung der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf gehalten hat, gewinnt in der Diskussion um die Mitbestimmung zunehmende Bedeutung. Papst Paul VI. hat die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation aufgefordert,

- * "Maßnahmen zu ergreifen, um eine organische Mitbeteiligung aller
- * Arbeiter nicht nur an den Früchten ihrer Arbeit, sondern auch an
- * der wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung zu gewährleisten,
- * von der ihre Zukunft und die ihrer Kinder abhängt. Das Soziale
- * muß die Wirtschaft ordnen und lenken, damit sie besser der Ge-
- * rechtigkeit entspricht."

Diese Worte lassen auch ein Votum für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer erkennen.

Daß der Papst dabei auch an eine Art "überbetrieblicher Mitbestimmung" der Arbeitnehmer gedacht haben dürfte, zeigt eine andere Stelle der Genfer Ansprache, in der er sich dafür ausspricht,

- * "die drei Kräfte, welche in der modernen Dynamik des menschlichen
- * Arbeitsprozesses am Werke sind, nämlich die Vertreter der Regie-
- * rungen, der Angestellten und der Arbeiterschaft, zur Übereinstim-
- * mung zu bringen, damit sie sich nicht mehr feindlich gegenüberste-
- * hen, sondern in mutiger und fruchtbarer Zusammenarbeit nebenein-
- * ander wirken durch einen ständigen Gedankenaustausch bei der Bear-
- * beitung und Lösung der immer wieder neu auftretenden Probleme."

Dieses päpstliche Anliegen einer überbetrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist bei uns durch die von Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller getragene neue Wirtschaftspolitik in Gestalt der "Konzertierten Aktion" bereits eingeleitet worden. Noch nicht dagegen die "betriebliche Mitbestimmung", wenn man von der Montanmitbestimmung und der Mitwirkung nach Betriebsverfassungsgesetz absieht. Auch die betriebliche Mitbestimmung dürfte aber Papst Paul VI. in seine eingangs zitierten Betrachtungen einbezogen haben. Zunächst einmal: "Wirtschaftliche und soziale Verantwortung" und "Lenkung in der Wirtschaft" sind keineswegs nur Begriffe des staatlichen Bereichs. Vielmehr sind beide gerade bei marktwirtschaftlich orientierten Ländern, wie der Bundesrepublik, typisch. Und die katholische Kirche erkennt die Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem an, vorausgesetzt, es handelt sich um eine sozialverpflichtete Marktwirtschaft, in der ein ungehemmter Wettbewerb im liberalistischen Sinn verpönt ist. Diese Einstellung wird besonders deutlich

in der Sozialzyklika Papst Paul VI. "Populorum Progressio" (März 1967).
Zu anderen: Die Sozialzyklika "Mater et Magistra" von Papst Johannes
XXIII. (Mai 1961) enthält sogar etliche Passagen, die für sich allein
recht deutlich zeigen, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche eine
befürwortende Haltung zur betrieblichen Mitbestimmung einnimmt. Unter der
Überschrift "Genossenschaftliches Unternehmen" heißt es einmal

- * "Eine menschliche Auffassung des Unternehmens muß zweifelsohne die
- * Autorität und die notwendige Wirksamkeit der einheitlichen Leitung
- * schützen; sie kann aber seine tagtäglichen Mitarbeiter nicht auf die
- * Stufe einfach stummer, ausführender Organe herabsetzen, die ohne
- * Möglichkeit, ihre Erfahrung mitsprechen zu lassen, vollständig pas-
- * siv dastehen gegenüber den über ihre Tätigkeit befindenden Entschei-
- * dungen" und weiter "Auf diese Weise schafft man menschliche Verhält-
- * nisse, die in der Schicht der Arbeitenden der Übernahme größerer
- * Verantwortung auch im Inneren des Unternehmens günstig sind..."

Diese Äußerungen sind ein wertvoller Hintergrund für die viel be-
achtete Ansprache, die Papst Paul VI. in Genf gehalten hat.

Gewiß, die Erklärungen des Oberhauptes einer Weltkirche sind sehr all-
gemein, aber der Papst hat nicht nur an die Arbeiter hochentwickelter
Industriestaaten zu denken. Schon in seiner unmittelbaren Umgebung, in
Mittel- und Süditalien, leben Menschen nicht nur in wirtschaftlicher Be-
dürfnis, sondern es fehlen ihnen viele, hierzulande seit drei Generatio-
nen selbstverständliche Rechte im Arbeitsleben. Für Spanien oder Südameri-
ka "organische Mitbeteiligung" zu fordern, bedeutet erst einmal auch nur
die primitiven Grundsätze eines Arbeits- und Sozialrechts zu fordern.

In diesem Zusammenhang soll auch an die vom Rat der Evangelischen
Kirche in Deutschland im November 1968 veröffentlichte Denkschrift erin-
nert werden, in der klar gesagt wird, daß es kein Widerspruch zu den
Rechten der Eigentümer an Produktionsmitteln ist, wenn sie die Freiheit
ihrer Entscheidung in Gemeinschaft mit anderen wahrzunehmen haben. In
der Denkschrift wird für die Bundesrepublik der Versuch eines Kompromis-
ses zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer
in Sachen Mitbestimmung gemacht. Die Initiative, die hier nicht Gegen-
stand der Auseinandersetzung sein soll, ist zwar, was die vorgeschlagene
Lösung anbetrifft, auf Kritik gestoßen. Festzuhalten ist jedoch, daß auch
sie ein Schritt in die Richtung einer wirksamen Mitbestimmung der Ar-
beitnehmer in den Betrieben ist.

Balanceakt in Nürnberg

Der nach innen gerichtete FDP-Parteitag

sp - Mit verständlichem Beifall hatte der Nürnberger FDP-Kongreß die Mahnung Prof. Dr. Dahrendorfs aufgenommen, die Partei sollte doch alle ihre Energien auf den Wahlsieg vom 28. September konzentrieren, statt selbst Pappkameraden aufzubauen, die als Schuldige herhalten sollten, wenn das Ergebnis nicht so ausfallen sollte, wie man es erwarte. Diese Mahnung dürfte nur zu berechtigt sein. Zwar hat die Parteitags-Schlußfanfare des alerten Sachsen Genscher gerade noch im letzten Augenblick die drückende, fast erdrückende Atmosphäre aus der Meistersingerhalle weggeblasen. Aber die Lähmung, die diesen 20. FDP-Parteitag trotz einiger Zwischen-eruptionen von der Minute an erfaßt hatte, da der Parteivorsitzende Walter Scheel in seiner Auftaktsrede zum Überdruß auf eine Neuauflage der Großen Koalition und damit die Fortsetzung der bitteren Oppositionsrolle der FDP hingewiesen hatte, blieb im ganzen doch beherrschend.

Dabei war die Luft doch wohl schon vorher "raus" gewesen. Mit allen Mitteln war in den Wochen und Tagen vor Nürnberg ein Balance-Agreement zwischen den Flügeln ausgehandelt worden, um der eigenen Partei und der deutschen Öffentlichkeit das Schauspiel offener Auseinandersetzungen zu ersparen, die zwar bei anderen Parteien durchaus Gang und Gebe sind, die sich aber gerade die FDP nicht leisten kann. Wie dünn der Boden dieses von der "Mitte" angestrebten Agreements zwischen "Links" und "Rechts" aber noch in Nürnberg selbst war, zeigte sich etwa in dem Hin und Her um die Podiumsdiskussion zwischen den Führungstrios der Partei und der Jungdemokraten. Noch am Vorabend des Kongreßbeginns war nicht endgültig entschieden gewesen, ob nun am Montagabend diese Spitzendebatte stattfinden sollte, obwohl sie im Parteitagsprogramm bereits ausgedrückt war. Die Sorge der "Rechten" und auch der "Mitte" war freilich völlig unbegründet: Die Podiumsdebatte hatte zwar den großen Saal vor allem auch mit erwartungsvollen Jugendlichen und mit Gästen gefüllt, aber der Debatte Ablauf entsprach im Detail dem Ablauf des Parteitages über weiteste Strecken: bis zur Langweile moderiert. Auch die Jungdemokraten-Führer spielten die Establishment-Show mit, um eine "Geschlossenheit" der Partei zu demonstrieren, die sie braucht, um jedenfalls bis zum 28. September erkennbar zusammenzubleiben und so mit einiger Aussicht auf irgendeinen Erfolg wahlkämpfen zu können.

Dieser Regie entsprach auch die Leitlinienrede des Parteivorsitzenden, die auf Uneingeweihte den bedrückenden Eindruck einer Kraut- und Rübenansprache machte. Scheel konnte aber nicht anders. Er mußte nach allen Seiten besänftigen und nach allen Seiten schlagen: Schlagen nach außen, gegen die CDU/CSU und SPD, besänftigen nach innen, für "Links" und "Rechts". Dabei war die Scheelrede trotz des paritätischen Lärmens nach außen zuvörderst eine Inside-Rede reinsten Wassers, und es muß zugestanden werden, daß, bis auf einige Einzelfälle, der Kongreß so gesehen ein "Sieg" Scheels wurde. Die Frage bleibt allerdings zu beantworten, ob die Parteiführung dieses "Sieges" lange froh sein wird, der doch praktisch darin bestand, daß man nach Herzenslust "ausklammerte", also genau das tat, was man ebenso nach Herzenslust den Parteigeignern anlastete. Die wenigen Punkte, an denen es kontrovers zugeht, konnten dieses Bild nicht ändern. Der besänftigende Appell Prof. Dahrendorfs, den Kongreß nicht mit endgültigen Entscheidungen beispielsweise über die Mitbestimmungs-Problematik zu belasten, wurde trotz aller Anstrengungen der Jungdemokraten und einiger Landesverbände von der zugleich besorgten und erleichterten Mehrheit gebilligt. Man war schließlich froh, sich auf "Zielprojektionen" einlassen zu können, die "später" in parteiinternen Diskussionen

ausgefüllt werden sollen.

Um der "Balance" willen fing der Nürnberger FDP-Kongreß auch auf den übrigen Gebieten alle weitergehenden Vorstöße ab, die zum Beispiel in der Deutschlandpolitik die Anerkennung der DDR verlangten. Im ganzen gesehen lag der Jungdemokrat nicht allzu schief, der seine Partei unter Anspielung auf die Parteilosung "FDP: Die treibende Kraft" in bitterbittäuschter Kritik eine "treibende Kraft mit Spätzünder" nannte. Und auch der ständige Programm-Ruf der FDP nach dem mündigen Bürger fand einen Jungdemokraten-Dämpfer mit der Mahnung, daß dieser mündige Bürger eben nicht auf den Bäumen wachse.

Bleibt das Fazit, daß sich die FDP heftig mausern und am Riemen reißen muß, wenn sie aus dem Wunsch Wirklichkeit werden lassen will, am 28. September nicht nur weiter mit dabei zu sein. Und im Hintergrund öffnet die Schicksalsfrage wie der Parteitags-Plakat-Panther ihren aufgerissenen Rachen, was nach dem Wahltag werden soll, wenn die FDP ihre Hundertsatzposition nicht gehalten haben sollte. Dann freilich dürfte die Scheel-Balance in die akute Gefahr geraten, in offenem Kampf zwischen dem konservativen und dem radikalen Flügel zulasten der Mitte zu zerbrechen.

+ + +
Verflechtungen

CSU und "Nationalzeitung"

- * Aus gegebenem Anlaß bringen wir eine Meldung in Erinnerung,
- * die am 12. Mai 1967 unter dem Titel
- * "Steuerbeamter der 'Nationalzeitung' rückt in den Landtag nach"
- * in der "Stuttgarter Zeitung" erschienen ist. Die Redaktion

"csch MÜNCHEN; 12. Mai (Eigener Bericht) Als Nachfolger des am Mittwoch gestorbenen Geschäftsführers der Münchner CSU, Heinrich Pflüger, wird der Münchner Steuerberater Erwin Stein über die oberbayerische Bezirksliste in den bayerischen Landtag nachrücken. Die Kandidatur Erwin Steins hatte schon 1966 unliebsames Aufsehen erregt, weniger deshalb, weil mit Erwin Stein der Steuerberater der "Deutschen National- und Soldatenzeitung" kandidierte, sondern weil ein Teil seiner Wahlkampfbroschüren entsprechend frankiert vom Verlag der "Deutschen National- und Soldatenzeitung" an die Wähler verschickt wurde. Die darauf aufmerksam gemachte CSU-Landtagsleitung hatte seinerzeit allerdings genausowenig Grund zum Einschreiten gesehen wie beim Dienstreintritt des CSU-Ortsvorsitzenden Emmerich Giel als Verlagsleiter der "Deutschen National- und Soldatenzeitung". Giel ist als Verlagsleiter der rechtsextremen Zeitung Nachfolger von Frank Huber, einem Bruder des bayerischen Kultusministers."

Konferenz der Blockfreien

Bisher 39 Interessenten

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Vergleicht man die Zahl und den Kreis jener Staaten, die im September 1961 an der Ersten Konferenz der Blockfreien in Belgrad teilnahmen, mit jenen Ländern, die bis jetzt ihre Teilnahme an der bevorstehenden Konsultativtagung der Blockfreien, abermals in der jugoslawischen Hauptstadt, angemeldet haben, dann entsteht sehr leicht das Bild eines sich ständig erweiternden Forums, das man gut und gern als dritte Kraft bezeichnen kann. Nahmen 1961 nur 27 Länder als Partizipanten oder Beobachter teil, so haben sich zum neuen Konsultativtreffen, das am 8. Juli in Belgrad beginnen soll, bereits 39 Staaten angemeldet - an der Konsultativtagung von Colombo, die der Zweiten Konferenz der Blockfreien im Kairo mit 58 Teilnehmern vorausging, beteiligten sich hingegen nur 23 Länder.

Das äußere Zahlenbild darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Vorbereitungen zur bevorstehenden Konsultativtagung sehr lange gedauert haben, nämlich schon seit Mai 1968, als ursprünglich alle interessierten Länder in Kairo zusammenkommen sollten. Kaiser Haile Selassie, der Patron der "Organisation der Afrikanischen Staaten", legte damals jedoch mit Rücksicht auf Israel, zu dem sein Land gute Beziehungen unterhält, gegen eine solche Prestigeerhöhung Nassers Bedenken ein.

Während Äthiopien, Mali, Guinea und andere Länder außerdem durch wirtschaftliche Schwierigkeiten daran gehindert wurden, sich schnell für eine neue Konferenz der Blockfreien zu entscheiden, verzögerten andere Staaten auf Grund politischer Überlegungen den besonders intensiv von Marschall Tito betriebenen Plan. Sogar Indien, eine der drei Säulen der Politik der Blockfreien, zeigte sich lange Zeit desinteressiert. Bis auf den heutigen Tag steht die Zusage Algeriens aus, obgleich die nationale Befreiung dieses Landes eines der wenigen Resultate ist, das von der Ersten Belgrader Konferenz angestrebt und, wenn auch aus vollkommen anderen Gründen, erreicht worden ist. Noch eindeutiger ist die ablehnende Haltung Kubas, das den Organisatoren insbesondere die Einladung Chiles übel nimmt.

Auch das algerische Zögern beruht zunächst einmal auf Meinungsver-

schiedenheiten über den Kreis der Blockfreien. Während sich Algier für ein möglichst kleines, dafür aber umso kämpferisches Forum einsetzt, ist vor allem Belgrad davon überzeugt, daß nicht nur die Hinzuziehung der erst kürzlich in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten Schwarzafrikas und Arabiens sowie der antikolonialistischen Befreiungsbewegungen, sondern auch einer Reihe von "blockmüden" Ländern wie etwa Frankreich, Rumänien, Pakistan und Iran zu den Voraussetzungen für eine echte Politik der Blockfreiheit gehört - ein weitgespanntes Vorhaben, das zeitweise sogar die UdSSR umschloß, aber am Einspruch der Araber gescheitert ist.

Hinter diesem formellen Konflikt, der die Definition des Begriffes der Blockfreiheit zum Gegenstand hat, steht natürlich der wachsende Einfluß der Großmächte auf einige blockfreie Länder, im konkreten Fall die Präsenz der Sowjetunion in der Außenpolitik der arabischen Länder. Moskau ist lediglich an solchen blockfreien Initiativen interessiert, die von bürgerlichen Regierungen der sogenannten Dritten Welt ausgehen und sich daher in erster Linie gegen den sogenannten westlichen Imperialismus wenden. Die von Belgrad ausgehende Initiative aber ist neutralistisch und wendet sich in gleichem Maße gegen die außenpolitischen Pläne der Sowjetunion, wie sich bereits auf einer Tagung der sogenannten fortschrittlichen Kräfte des Mittelmeerraumes gezeigt hat. Moskau ist, kurz gesagt, der Ansicht, kommunistische Länder dürften lediglich als Organisatoren und Führer von blockfreien Treffen, aber nicht als deren Teilnehmer auftreten, denn die Politik der Blockfreiheit ist für einen sozialistischen Staat, so das ungarische Parteiblatt "Partelet", mit der Aufgabe seiner klassenkämpferischen Positionen identisch.

Zwar hat sich Moskau in letzter Minute entschlossen, der Belgrader Konsultativtagung freie Hand zu lassen, freilich nur zum Preise, daß in der jugoslawischen Hauptstadt keinerlei Themen behandelt werden, die sich mit der Situation im sozialistischen Lager oder mit der sowjetischen Präsenz in der Welt befassen.

Dieses "Entgegenkommen", das auf der bevorstehenden Konsultativtagung einen der Hauptdiskussionspunkte darstellen dürfte, bedeutet jedoch nicht, daß sich die Sowjetunion die Fäden zu den Blockfreien von den Jugoslawen aus der Hand nehmen lassen will. Das beweist der vom ungarischen Parteichef Kadar in Moskau enthüllte Plan, nach Abschluß der kommunistischen Weltkonferenz ein eigenes Forum der Blockfreien einzuberufen, das allein schon durch seine Ankündigung erheblichen Einfluß auf die Beschlüsse der Belgrader Konsultativtagung gewonnen hat.